

"Apartheid" an der Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes

Autor(en): **Morse, David A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **62 (1968)**

Heft 12

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141494>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

besonders verdienstlich in dieser Beziehung bemüht, aber die Regierung hat seine Führer und Mitglieder verfolgt und verhaftet. Viele Gewerkschaftsführer sind gehängt worden. Nichtsdestoweniger haben die Arbeiter ein gutes politisches Bewusstsein bewiesen. Nach den Erschiessungen in Sharpeville (1960) zum Beispiel führten sie Generalstreiks in allen Hauptzentren des Landes durch und kehrten in der Kapprovinz erst an die Arbeit zurück, als die Armee gegen sie eingesetzt wurde.

Südafrika ist das reichste Land Afrikas und das zwölfte Industrieland der Welt. Doch der grösste Teil seines Reichtums geht an die weisse Minderheit, während die nicht-weisse Mehrheit unter Hunger, Unterernährung und Mangelkrankheiten leidet.

Aber die nicht-weissen Arbeiter haben eine lange Tradition des ständigen Kampfes, und da es nun zu einer Krise direkter Konfrontation mit den weissen Rassisten gekommen ist, dürfte es nun eine Frage der Zeit sein, bis sie die Ungerechtigkeiten aus der Welt schaffen und die ganze Natur der südafrikanischen Gesellschaft vollständig umwandeln.

«Apartheid» an der Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes

Da die UNO das Jahr 1968 als «Internationales Jahr der Menschenrechte» erklärte, wählte *David A. Morse*, Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes, dies als Zentralthema für seinen diesjährigen Bericht an die ILO-Konferenz in Genf (5. bis 25. Juni 1968). Wir verdanken nachstehenden Protokoll-Auszug Frau Gertrude Baer, Genf. Red.

«Während die Delegierten der südafrikanischen Regierung die Politik der «getrennten Entwicklung» oft als «einzigartige Antwort auf eine einzigartige Lage» bezeichnet haben, kann nicht bestritten werden, dass «die zu lösenden Probleme im wesentlichen die gleichen sind wie in anderen vielrassigen Gemeinschaften». Es ist ebenfalls richtig, festzustellen, dass die Rassentrennung in dieser Epoche der gegenseitigen Abhängigkeit auf sozialem, wirtschaftlichem, politischem, kulturellem und psychologischem Gebiet notwendigerweise zur Unterdrückung hat führen müssen.» Mr. Morse schliesst seinen Bericht wie folgt:

«Es ist nicht möglich, die Spannungen und die Bitterkeit, die aus der Verweigerung der Menschenrechte an die nicht-weisse Bevölkerung Südafrikas entstehen, innerhalb nationaler Grenzen zu halten. Die Probleme, denen die Welt im Verhältnis zu Südafrika gegenübersteht, umfassen *die ganze Zukunft der Menschheit*. In diesem Zusammenhang hat *die öffentliche Meinung der Welt* eine entscheidende Rolle zu spielen, und nur wenn Südafrika bereit ist, den Rat der Weltgemeinschaft zu achten, besteht Aussicht auf eine friedliche Lösung der Schwierigkeiten, die sich ergeben dürften. Zusammen mit unpersönlichen wirtschaftlichen Kräften, die sich

für eine Änderung einsetzen, kann nur ein solcher moralischer Druck, wenn er beharrlich aufrechterhalten wird, den Zusammenstoss verhindern, der sonst unvermeidlich erscheint. Vorausgesetzt, dass man auf die Solidarität der Menschheit auf dem Gebiet der Menschenrechte zählen kann, müssen andere Nationen die grosse Verantwortung auf sich nehmen, durch ihr Beispiel zu beweisen, dass Probleme der Art, wie sie in Südafrika auftreten, gelöst werden können durch die Anwendung allgemein anerkannter Verhaltensweisen. Die Probleme mögen in Südafrika eine besondere Gestalt annehmen, aber die Prinzipien, um die es geht, sind universell.

Ein indischer Vietnamkrieg?

«Es gibt Anzeichen, dass Nordost-Indien zum gefährlichsten *Krisenherd Südostasiens* werden könnte. Mit einiger Übertreibung ist in mehreren Kommentaren bereits der Ausdruck von einem nahenden *indischen Vietnamkrieg* gefallen.» So schreibt die NZZ vom 6. November (Nr. 686) und beschuldigt die Chinesen, Pläne zu schmieden, nach denen sie ihre Einflusszone von Nord-Thailand bis Nordost-Indien ausdehnen wollen. Der Brennpunkt der Gefahr sei das Nagaland.

Von diesem gebirgigen Stück Land, rund 500 km entlang der indisch-burmesischen Grenze, mit seinen 350 000 Einwohnern, hat man in den letzten Jahren hin und wieder etwas aus der Presse erfahren. Nagaland war ein Teil Britisch-Indiens, aber nachdem sich Indien und Pakistan von England befreit hatten, weigerten sich die Nagas, zu Indien zu gehören. Sie verlangten von Gandhi und Nehru ihre Unabhängigkeit, doch ohne Erfolg, so dass sie in den letzten 20 Jahren für ihre Befreiung kämpften.

Die NZZ (Nr. 690) spricht von Kopfjägern unter den Nagas und von ihrer Primitivität, gibt aber zu, sie seien «sehr offen, freundlich und warmherzig», und «der Prozentsatz der Analphabeten in Nagaland sei heute bedeutend geringer als der indische Durchschnitt.»

Der Präsident des Naga-National-Council, *A. Z. Phizo*, lebt seit Jahren in England, von wo er seine Angriffe gegen «die Vergeltungsmassnahmen der indischen Armee richtet, die ganze Dörfer niederbrannte und zahlreiche Grausamkeiten verübt.»

Laut «OBSERVER» vom 3. November wollte eine Naga-Delegation mit Frau Indira Gandhi, der Premierministerin von Indien, sprechen, wurde aber nicht empfangen. Auch für eine Reise von Delegationsmitgliedern der Nagas zu Phizo gibt die Indische Regierung keine Erlaubnis. Die Inder behaupten, die Nagas hätten sich gespalten, in christliche Gruppen auf der einen Seite, und solche, die chinesische Hilfe anzunehmen bereit sind, auf der andern. Phizo anderseits stellt fest, es gebe keinen Stammeskonflikt.

Nach neuesten Berichten sollen 1500 Nagas, nach einem Guerilla-